

# Einwohnerrat Pratteln

## Votenprotokoll Nr. 467

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 18. Dezember 2017, 19.00 Uhr  
in der alten Dorfturnhalle**

---

Anwesend	38 Personen des Einwohnerrates 7/6/7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Andreas Moldovanyi und Fabian Thomi Gemeinderat: Emanuel Trueb (abw. 19.50 bis 21.10 Uhr)
Vorsitz	Emil Job
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Beantwortung Planungspostulat zum Aufgaben- und Finanzplan 2018/19 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen und Emil Job, 14 Verkehr und öffentliche Anlagen: Definitiver Betrieb eines Ortsbusses ab Fahrplanwechsel Dezember 2019 3066
2. Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018 – 2022 - Bericht der RPK zum AFP 2018 – 2022 3074
3. Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) bezgl. Änderung der ständigen beratenden Kommissionen – 1. Lesung 3085
4. Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2016 – 2017 3081
5. Bericht der GPK zum Amtsbericht 2016 3086
6. Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Eva Keller, betreffend „Jugendfeuerwehr in Pratteln“ 3073
7. ~~Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz“~~ 3075
8. Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „Beschattung versiegelter Flächen in Pratteln“ 3077
9. Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Zeit zum Handeln – Gewalt und Krawalle von Fussball-Chaoten“ 3079
10. Beantwortung Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Catch a Car“ in Pratteln 3019
11. Beantwortung Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller, betreffend „Schnellzughalt in Pratteln“ 3022
12. Fragestunde (nach der Pause)

### **Begrüssung**

**Emil Job:** Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und liebe Gäste und geschätztes Publikum. Ich begrüsse sie zur letzten Sitzung in diesem Jahr, die 467. Sitzung. Im Anschluss an die Sitzung findet der traditionelle Weihnachtsapéro statt. Es ist ebenfalls Tradition, dass die Dezembersitzung musikalisch eröffnet wird. Ich freue mich, dass einmal mehr die Schülerinnen und Schüler der Kreismusikschule Pratteln-Augst-Giebenach dies übernehmen. Heute hören wir das Gitarren-Ensemble bestehend aus: **Michelle Degen, Emma Lerch, Desmond Gleese, Matthias Aregger, Dominic Blättler, Luana Ernst, Lino Schildknecht** und **Seryana Koch** unter der Leitung von **Philipp Schmidt**.

Nach Beendigung ihrer Musikvorführung geht an die Spielenden ein grosser Applaus; sie werden mit einem kleinen Präsent verabschiedet.

### **Präsenz**

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

### **Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten**

- Keine Mitteilungen.

### **Mitteilungen des Gemeinderates** *(gezeigt werden Folien, siehe Anhang)*

**GP Stephan Burgunder:** So kurz vor Weihnachten macht der Gemeinderat ein Geschenk. Der Gemeinderat hat immer wieder die Metron-Studie erwähnt und auch im AFP ist sie drei Mal erwähnt. Darum hat der Gemeinderat nun entschieden, die Metron-Studie zu publizieren. Einige Hinweise: Es ist nicht alles verbindlich, was in dieser Studie steht und eine Veröffentlichung auf Konzeptstufe ist auch nicht üblich. Ich traue dem Einwohnerrat zu, dass er die Studie so lesen und würdigen kann und bin gespannt auf die Reaktionen. In den nächsten Tagen wird unter „Publikationen“ die Metron-Studie aufgeschaltet und der Einwohnerrat kann sich über Weihnachten darin vertiefen.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Postulat der SVP-Fraktion, Christian Schäublin, betreffend „Überprüfung und Optimierung der ständigen beratenden Kommissionen vom 18. Dezember 2017“

### **Bereinigung Geschäftsverzeichnis**

Da Fabian Thomi heute nicht an der Sitzung anwesend sein kann, hat er uns gebeten, Traktandum 7, Geschäft 3075, Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Fabian Thomi, betreffend „Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz“ von der Traktandenliste abzusetzen und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

### **Abstimmung über das bereinigte Geschäftsverzeichnis**

://: Der Rat stimmt dem bereinigten Geschäftsverzeichnis einstimmig zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

---

## Beschlüsse

### **Geschäft Nr. 3066**

### **Beantwortung Planungspostulat zum AFP 2018/19 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen und Emil Job, 14 Verkehr und öffentliche Anlagen: Definitiver Betrieb eines Ortsbusses ab Fahrplanwechsel Dezember 2019**

#### Aktenhinweis

- Antrag vom 28. November 2017

**GR Stefan Löw:** An der letzten Sitzung des Einwohnerrates wurde beschlossen, die Einführung des Ortsbusses um ein Jahr zu verschieben, damit Zeit für die Studie bleibt, sofern die Finanzen gesprochen werden. Wir müssen sehr schnell handeln, damit die ersten Resultate möglichst bald vorliegen und eine Antwort gegeben werden kann. Ich bitte sie, das Postulat abzuschreiben.

**Christoph Zwahlen:** Ich danke dem Gemeinderat für die Erfüllung dieses Planungspostulates und dass er sich schon an die Erfüllung gemacht hat. Ein Problem gibt es: Aus meiner Sicht kann man es nicht so einfach abschreiben, weil im Postulat steht „Das Planungspostulat wird an den Gemeinderat überwiesen“, was ja schon passiert ist. Unter „Überweisung“ steht jedoch „Planungsantrag für den AFP 2018“. Bis jetzt haben wir das Postulat zwar überwiesen, aber den Planungsantrag noch nicht beschlossen und dies müssen wir machen, bevor wir es abschreiben. Teil a ist ja erfüllt, weil der Gemeinderat für diesen Zweck Geld eingestellt hat; Teil b müsste im AFP unter 14 erscheinen. Bei den Zielen als erster Satz steht ja schon etwas Ähnliches und ich bin der Meinung, dass dort stehen muss „Unter der Voraussetzung eines positiven Ergebnisses des Gesamtkonzeptes wird der Ortsbus auf den Fahrplanwechseln vom 9. Dezember 2018, basierend auf den Resultaten des Gesamtkonzeptes, eingeführt“. Es muss dort stehen „... definitiv eingeführt“. Ich bitte sie daher, diesem Zusatz zuzustimmen.

*Antrag Christoph Zwahlen*

**Thomas Sollberger:** Die FDP-Fraktion beabsichtigt nicht, im nächsten Geschäft einen Planungsantrag zu Aufgabenfeld 14 zu stellen, mit der Absicht, das Budget um CHF 35'000 zu kürzen. Grundsätzliches Problem mit allen Konzepten ist, dass sie zu weit von der Realität weg sind oder die Realität sogar ignorieren. Jeder von euch, der ein Konzeptauto mit der Serienproduktion vergleichen hat, weiss, was ich meine. Wir stellen aber an das öV-Konzept den Anspruch, dass es sich an den finanziellen, technischen und politischen Realitäten zu orientieren hat. D. h. dass das Konzept aufzeigen soll, ob, und wenn ja, welche Optimierungsmöglichkeiten in Sachen Routenführung, Haltestellen und Fahrplan vorhanden sind. Weiter soll das Konzept auch die Argumente zusammenstellen, die man braucht, um den Kanton von diesen Möglichkeiten zu überzeugen. Dieses habe ich an der letzten Sitzung schon gesagt: Es sollte möglich sein, die Leistungen der Linien 82 (Grüssen – Ortsbus) durch die Linie 83 zu ersetzen, was ich zwar nicht erwarte, und dass die Linie 82 eine reine Ortsbusfunktion erhalten soll. Man darf auch nicht ausser Acht lassen, dass diese Linie heute überwiegend durch die Unternehmen im Grüssen finanziert wird. Orientieren wir uns also an den Realitäten und bleiben auf dem Boden. Übrigens: 90 % der Konzeptautos werden wieder verschrottet. Die FDP-Fraktion ist für Abschreibung dieses Planungspostulates.

**GR Christine Gogel:** Was passiert mit dem Planungspostulat? Der Gemeinderat hat dieses Geschäft entgegengenommen und beantwortet. Wenn der Einwohnerrat das Geschäft als erfüllt abschreibt, passiert Folgendes: Als Konsequenz kommt die Änderung in den Enddruck des AFP 2018 – 2022. Vom hier vorliegenden Buch in Schwarzweissdruck gibt es nach der heutigen Sitzung, falls das Budget verabschiedet wird, einen Enddruck, der alle Änderungen enthält. Finanzseitig müssen wir nichts verändern, weil der Gemeinderat auch so weit gedacht hat und bereits in der Sommersitzung Geld für ein öV-Gesamtkonzept eingestellt wurde. Daher müssen wir zu diesem Planungspostulat keine finanziellen Mittel sprechen. Wir müssen jedoch beim Aufgabefeld 14 auf S. 46 links Anpassungen vornehmen, vorausgesetzt, es wird abgeschrieben. Wir würden auf der linken Seite ergänzen, was die Postulanten beantragen und zwar die beiden Sätze 2 a und b des Postulates

**Rolf Hohler:** Auch wir von der SVP haben dies angeschaut und waren schon das letzte Mal für eine Nichtüberweisung. Der Gemeinderat das letzte Mal gesagt, dass er schon daran ist, dies zu machen. Auch wir sind für Abschreiben; GR Christine Gogel hat schon erklärt, dass der AFP nachher automatisch angepasst wird und man es daher gut abschreiben kann. Wir wissen, dass der Ortsbus momentan mit vier Personen pro Fahrt nicht so ausgelastet ist und welche Linie mit welcher kombiniert wird, überlassen wir dem Gemeinderat.

**Christoph Zwahlen:** Was Thomas Sollberger gesagt hat, kann ich fast vollständig unterstützen. Wenn sie das Konzept angeschaut haben, steht dort nicht, dass man einen teureren Ortsbus einrichten muss. Grundidee von uns ist, dass man mit den vorhandenen Mitteln das bestmögliche herausholt und dies ist, behaupte ich, im Moment nicht so. Es geht nicht darum, mehr Geld in die Finger zu nehmen, sondern zu schauen, was im Dorf herumfährt und was man mit diesem besser machen kann. Kann man Ziele des Gesamtkonzeptes verwirklichen, ist die Frage, und wenn ich alles wüsste, müsste man keine Studie machen. Da gibt es kompetentere Personen. Wenn es so nachgeführt wird, wie GR Christine Gogel gesagt hat, bin ich durchaus für Abschreiben.

**Christine Weiss:** Die Fraktion der SP ist für eine Prüfung der öV-Situation in Pratteln. Wir begrüßen auch die neu angepassten Jahreszahlen und eine definitive Einführung des Ortsbusses. Wir werden der Abschreibung zustimmen und ich danke auch GR Christine Gogel für die klärenden Worte.

**Christoph Zwahlen** zieht seinen Antrag zurück.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Planungspostulat Nr. 3066 wird als erfüllt abgeschrieben und die Ziele im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018 – 2022 Aufgabefeld 14 werden wie folgt ergänzt:

(neu) ÖV-Gesamtkonzept für Pratteln, Ziel spätestens Ende Mai 2019 abgeschlossen

(neu) Unter der Voraussetzung eines positiven Ergebnisses des Gesamtkonzeptes wird der Ortsbus per Fahrplanwechsel vom 8. Dezember 2019, basierend auf den Resultaten des Gesamtkonzeptes, eingeführt.

---

## Geschäft Nr. 3074

## Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018 – 2022 Bericht der RPK zum AFP 2018 – 2022

### Aktenhinweis

- Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018 – 2022
- Bericht der RPK vom 23. November 2017

Auf dem Referentenplatz befinden sich Claude Weisskopf, Präsident der RPK und Beat Thommen, Gemeindeverwalter, als temporärer Abteilungsleiter Finanzen.

### Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

**GR Christine Gogel:** Bedanken möchte ich mich bei allen, die beim diesjährigen Budgetprozess mitgeholfen haben. Wir sind nun einmal rundum und ich kann euch bereits schon das zweite Globalbudget innerhalb des Aufgaben- und Finanzplanes vorstellen. Einiges haben wir als Verbesserung bereits schon einfließen lassen können. Lehrgelder haben wir bezahlt, ihr und wir. Es bleibt aber immer noch Handlungsbedarf und ich denke, dieser Prozess wird noch zwei, drei Mal - sprich Jahre - in Anspruch nehmen. Wir werden noch auf mehr Ungereimtheiten stossen, Verbesserungen anbringen oder Änderungen in den Abläufen und Formalitäten vornehmen müssen. Darauf werde ich noch zurückkommen. Ein ganz grosses Dankeschön möchte ich im Namen des Gemeinderates an Beat Thommen aussprechen. Er hat die Abteilung Finanzen seit Januar eng begleitet und ist seit September auch stark in den Budgetprozess sowie bei der RPK, involviert gewesen. Bis Ende Jahr ist er in Doppelfunktion auch Abteilungsleiter Finanzen. Das ist der Grund, weshalb Beat Thommen oben beim Rednerpult Platz genommen hat. An dieser Stelle möchte ich auch Sandra Nippel, welche die Abteilung Anfang November verlassen hat, für ihren Einsatz danken. Zuerst noch ein paar formelle Erklärungen: Mit dem Einlageblatt wollten wir lediglich eine Hilfe abgeben, damit ihr nicht in zwei AFPs blättern und vergleichen müsst. Rechtsgrundlage ist aber natürlich der AFP und nicht die Beilage. Offenbar hat dieses Einlageblatt nun aber für Fragen gesorgt, weil bei zwei Anpassungen ein Wort resp. ein Satz fehlt. Das Ganze war seitens der Verwaltung unterstützend gemeint. Zum RPK-Bericht, Punkt 6, Empfehlung: Der Gemeinderat möchte sich entschuldigen, dass wir nicht alle Planungsanträge des letzten Jahres im AFP angepasst haben. Ich kann dies so erklären, dass wir auch noch am Üben sind. Im Juni, als wir das Investitionsprogramm behandelt und zum ersten Mal priorisiert haben, realisierten wir nicht, dass wir in der Konsequenz auch noch die linke Seite des AFP's anpassen müssen und später hat dann ein Quervergleich nicht über alle Aufgabenfelder stattgefunden. Wir wissen nun um diese Stolpersteine und werden das in Zukunft konsequent abhandeln. Wir finden die Empfehlung der RPK gut, dass, wenn ein Vorhaben verschoben werden muss, dazu zwingend eine Begründung an die RPK und den Einwohnerrat abzugeben ist. Dies ist nachvollziehbar und das werden wir besser machen. Der Gemeinderat und die Verwaltung bitten euch weiterhin um konstruktive Kritik und Verbesserungsvorschläge, damit wir unseren AFP laufend verbessern können. Gedanken und Ausführungen zum AFP 2018 – 2022 aus Sicht des Departementes: Die Vorgabe war eine Budgetierung auf den Zahlen der Rechnung 2016. Damit wir euch heute einen marginalen Aufwandüberschuss von rund CHF 360'000 vorweisen können, waren grosse Anstrengungen nötig. Hier gilt ein grosses Dankeschön allen Budgetverantwortlichen - viele sitzen im Publikum, was mich sehr freut - welche durch Verzicht und Einsparungen geholfen haben, dass das Defizit nicht grösser geworden ist. Euch heute diese rote Null, wir sprechen von einem Defizit von 0,4 % auf die Gesamtsumme von rund 80 Mio. gesehen, zu präsentieren, war ein schwieriger und anstrengender Prozess. Im Sinne von Aufschub oder Verzicht sind vor allem beim Bau, Verkehr und Umwelt starke Einsparungen vorgenommen worden. Generell hat man auf Anschaffungen und einzelne Projekte verzichtet resp. auf kommende Jahre verschoben. Es geht uns noch gut und wir

wollen unser Niveau behalten - und das auf lange Zeit hinaus. Um all die geplanten Investitionen zu stemmen, müssten wir eigentlich jedes Jahr CHF 2 - 3 Mio. vorwärts machen, damit wir stemmen können, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Schon darum muss es unser grösstes Bestreben sein, wenigstens ein ausgeglichenes Budget hinzukriegen und keinesfalls tiefer in die roten Zahlen zu budgetieren. Wir dürfen nicht mehr ausgeben, als dass wir einnehmen. Resultierend durch die erhöhte Bautätigkeit, werden wir auch zunehmend höhere Abschreibungen vornehmen müssen und für das Jahr 2018 sind es CHF 600'000 mehr. Die Steuererträge haben wir verhalten optimistisch budgetiert. Wenn jetzt aber die Einnahmen nicht im selben Mass steigen wie die Ausgaben, müssen wir die Ausgaben überprüfen und auf gewisse Dinge verzichten. Wir versuchen, die Fiskalerträge möglichst realistisch abzubilden. Kommt es besser heraus, freuen wir uns; wenn es schlechter rauskommt, steht unsere ganze Planung auf wackligen Füßen. Ich stelle ein grosses Kostenbewusstsein fest. Der Sachaufwand ist gegenüber der Rechnung 2016 sogar zurückgegangen. Im Bildungswesen haben wir weiterhin gestiegene Kosten. Die Zunahme der Bevölkerung zeigt sich nicht nur erfreulich auf der Einnahmenseite, sondern resultiert auch in einer Zunahme an Schülern und als Folge in mehr Klassen, welche zu bilden sind. Dies wiederum ist verbunden mit mehr Schulraumbedarf und erhöhten Personalkosten. Dies sind Faktoren, welche auf der Aufwandseite gegenüberstehen. Beim Aufgabenfeld „Soziale Unterstützung“ ist mit einer Stabilisierung auf hohem Niveau zu rechnen. Höhere Aufwendungen sollten mittelfristig mit besseren Rückforderungsquoten kompensiert werden können. Zusatzbeiträge über der Ergänzungsleistungen-Obergrenze für Pflegebewohner mussten zum ersten Mal budgetiert werden. Diese sind neu mit CHF 400'000 im Budget eingestellt. Ganz volatil verhält sich der Finanzausgleich. Da verhaun wir uns jedes Jahr. Da es sich schnell um Millionenbeträge handeln kann, hat es einen wesentlichen Einfluss auf die Rechnung und kann diese in die andere Richtung drehen. Der Topf wird von 86 Gemeinden gespiesen und nicht nur von uns. Eine bessere Planungssicherheit bringt das Ausgleichsniveau, welches auf 3 Jahre fixiert wurde und damit sollte es mehr Stabilität geben. Nach wie vor sehr gut kapitalisiert sind unsere Spezialfinanzierungen. Die budgetierten Verluste bei Abwasser und Abfall nehmen wir bewusst in Kauf. Das ist Teil unserer Strategie. Hier wollen wir noch weiteres Eigenkapital abbauen und in Form von Rabatten an die Bevölkerung weitergeben. Auch im kommenden Jahr ist mit erheblichen Anschlussgebühren zu rechnen. Den Steuerfuss will der Gemeinderat bei 58,5 % belassen. Zusammen mit dem Rabatt bei den Gebühren ergibt das ein attraktives Gesamtpaket. Ich komme zum Schluss: Die geplanten Investitionen in der Planungsperiode stellen hohe Anforderungen an die Finanzierbarkeit. Sie wird nur durch Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital zu bewältigen sein und die Kernfrage bilden. Wir müssen gut ausloten, mit was für Mitteln wir gedenken, den Aufgaben gerecht zu werden. Deshalb lautet mein Fazit: Die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen müssen sehr gezielt eingesetzt werden und es kann nicht alles Wünschbare umgesetzt werden. Mein Dank gilt an dieser Stelle der RPK für ihre wertvolle Arbeit und den Bericht. Der Gemeinderat nimmt die Empfehlungen und Anträge entgegen. Ich bitte den Rat, den Vorgaben der RPK, gemäss Beschlussanträgen des Gemeinderates, zuzustimmen. Danke für eure Aufmerksamkeit.

**Claude Weisskopf (Präsident RPK):** GR Christine Gogel hat das Meiste bereits gesagt. Es gab einige Zwischenbemerkungen, die nicht ganz richtig verstanden wurden. Im Bericht der RPK steht „Empfehlung wurde umgesetzt und wird abgebildet im AFP 2018 - 2022“. Dies sind die Empfehlungen vom letzten Jahr, die nun in den neuen AFP eingeflossen sind. Die neuen Sachen sind in der neuen Version des AFP enthalten, aber nicht in der hier vorliegenden Schwarzweisskopie. Dies wurde von einigen Personen falsch verstanden, aber die RPK hat alles so verstanden. Es sind hohe Investitionen in den nächsten Jahren vorgesehen und wir bitten, dass mit dem Geld sehr haushälterisch umgegangen wird, sodass wir nicht so tief in die Tasche greifen müssen. Empfehlung 6 der RPK: Der Gemeinderat muss sich dies zu Herzen nehmen und es ist auch Sache der RPK, es dementsprechend so zu machen.

**Mauro Pavan:** Im Namen der SP-Fraktion danke auch ich der RPK für ihre Arbeit und den seriösen Bericht, und auch allen Personen, die an der Erstellung des AFP auf der Verwaltung beteiligt waren und insbesondere GR Christine Gogel. Wir finden den AFP in Anbetracht des bevorstehenden Investitionsprogrammes gut und verzichten Änderungsanträge.

**Benedikt Schmidt:** Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat den AFP genau angeschaut und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung. Wir danken auch der RPK für die kritische Analyse. Mit dem AFP als Budget sind wir weitgehend einverstanden, denken aber, dass der AFP noch zu einem Führungsinstrument entwickelt werden muss, denn diese Funktion erfüllt er unserer Meinung nach noch nicht. GR Christine Gogel hat auch gesagt, dass es hier Handlungsbedarf gäbe und wenn wir eingetreten sind, werden wir hierzu mehr sagen und haben noch Anträge zu einzelnen Aufgabenfeldern.

**Urs Schneider:** Auch die Fraktion der SVP dankt der Verwaltung für den AFP. Weiter auch dem RPK-Präsidenten sowie meinen Kolleginnen und Kollegen, die den Bericht ausgearbeitet haben. GR Christine Gogel hat bereits erwähnt, dass der AFP noch gewisse Stolpersteine enthält und die Abläufe noch nicht ganz so gut harmonisieren, wie wir sie gerne hätten. Wir können uns vorstellen, mit der Entwicklungskommission zusammensitzend, ob etwas Grundlegendes geändert werden müsste, damit die Abläufe auch funktionieren. Weiter sagen wir dem Gemeinderat danke für die zurückhaltende Budgetierung. Man merkt, dass dem Gemeinderat bewusst ist, das Geld nicht mit beiden Händen auszugeben und dass wir Sorge zu dem geben müssen, was wir haben. Wir werden den Anträgen der RPK Folge leisten und sind für Eintreten.

**Andreas Seiler:** Im Namen der FDP-Fraktion danke ich allen, die in der Gemeindeverwaltung oder im Gemeinderat am AFP mitgearbeitet haben und mit einer schwierigen Arbeit geschafft haben, ein fast ausgeglichenes Budget zu erstellen. Wir sind auch mit der Beilage, der synoptischen Darstellung, zufrieden, die die Änderungen übersichtlich aufzeigt. Ebenfalls danken wir der RPK, die den AFP genau angeschaut und den Bericht verfasst hat. Im RPK-Bericht wie vorher erwähnt, müsste es eigentlich zu Punkt 6 heissen „...wird umgesetzt...“ weil es ja noch nicht umgesetzt ist, mindestens in dem uns vorliegenden Papier. Beschlossene Planungspostulate wurden nicht umgesetzt oder verschoben: Nach unserem Kenntnisstand handelt es sich nicht um Planungspostulate – da hatten wir erst eines zum Ortsbus – sondern um verschiedene Termine in den Zielen, die dann verschoben wurden. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, den Terminen eine gewisse Verbindlichkeit zu geben und wenn man sie verschieben muss, was durchaus passieren kann, dann auch begründet. Wir sind für Eintreten, stellen keine Anträge zum AFP und möchten ihn so genehmigen, wie er vorliegt.

*Eintreten ist unbestritten und es folgt die Diskussion.*

**Benedikt Schmidt:** Der AFP muss zu einem Führungsinstrument werden, was er im Moment unserer Meinung nach nicht ist. Es braucht einerseits messbare Ziele, verbindliche Termine und Indikatoren, die zeigen, ob die Ziele erreicht wurden. Viel Kritik haben wir schon vor einem Jahr geäussert, was man im Votenprotokoll nachlesen kann und leider wurden verschiedene Sachen nicht aufgenommen. Ein Beispiel aus dem Aufgabenfeld 6 Familienergänzende Angebote: Dort steht beispielsweise „Sprachförderung planen“, was zu wenig konkret ist und sehr vieles und nichts heissen kann. Im Minimum könnte man einen Termin setzen, bis wann die Sprachförderung geplant sein soll. In einem Aufgabenfeld, in dem das mit den Zielen und Kennzahlen gut gemacht wurde, ist das Aufgabenfeld 4 mit der Feuerwehr. Dort steht im Plan ein Sollbestand der Mannschaft und dieser ist auch in den Kennzahlen genannt. Es ist ein Ziel enthalten, in welcher Zeit wie viele Feuerwehrleute auf Platz sein sollen, und auch der Prozentsatz, wie häufig dies erreicht wurde und genau so stellen wir es uns für alle Aufgabenfelder vor. Es gibt einfacher zu messende Ziele als die Sprachförderung, beispielsweise in Aufga-

benfeld 10 Sozialhilfe. Dort ist eines der Ziele, dass der Anteil an Fällen älter als 3 Jahre unter 35 % liegen soll. Dies ist eine Zahl, die relativ einfach zu liefern ist und wir sehen dann, wie gut wir sind. Wenn die Ziele klarer und messbar sind, wissen wir, ob wir sie erreicht haben und ob es mehr oder weniger Geld und/oder Personal in einem Aufgabenfeld braucht. Allenfalls wissen wir auch, dass die Ziele geändert werden müssen, die nicht zu erreichen sind. Gut finden wir, gerade bei den Schulen, dass bei den neuen Projekten die entsprechenden Termine dazugekommen sind. Wir sind der Meinung, dass grundsätzlich zu jedem Projekt ein Termin gehört und dass der Realisierungstermin auch verbindlich sein soll. Es gibt verschiedene Projekte ohne Termin und ich hoffe, dass diese beim nächsten AFP enthalten sind. Wie die RPK schon gesagt hat, kann es nicht sein, dass Termine ohne Begründung von einem Jahr ins andere verschoben werden. Wenn es zu ändern ist, was immer wieder vorkommt, soll es begründet werden. Es braucht einen stärkeren Zusammenhang zwischen den Legislaturzielen und den Angaben in den Aufgabenfeldern des AFP und die Legislaturziele sollten direkt und klar in den Aufgabenfeldern abgebildet werden. Es gibt ein Legislaturziel, das sich „Gesamtkonzept Dorfkern“ nennt und dieses Gesamtkonzept Dorfkern finden wir hinten in den Aufgabenfeldern nicht mehr. Es gibt ein Legislaturziel „Städtebauliches Leitbild erarbeiten“, aber im Aufgabenfeld 19 wurden Plan und Ziel dazu gestrichen. Vor einem Jahr habe ich persönlich das städtebauliche Leitbild kritisiert und als überflüssig empfunden. Der Gemeinderat hat sich jedoch vehement dafür gewehrt und die Entwicklungskommission und nun ist es im Aufgabenfeld 19 gestrichen. Ich verstehe nicht, wenn man etwas als Legislaturziel hat und später hintendran im Aufgabenfeld streicht. Ich werde bei der Lesung ein weiteres Beispiel aufzeigen.

*Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Lesung.*

### **Lesung Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2022**

Gelesen werden die Aufgabenfelder, der Saldo aus der Erfolgsrechnung (Budget 2018) und die Nettoausgaben Investitionen (Budget 2018) mit Beginn auf Seite 20.

### **Aufgabenfeld 01 Politische Behörden**

Keine Wortmeldungen

### **Aufgabenfeld 02 Allgemeine Verwaltung**

**Benedikt Schmidt:** Hier ist eine Terminänderung um ein Jahr für das Gemeindezentrum enthalten. Was ist der Grund?

**GP Stephan Burgunder:** Ich sehe es nicht nur als Bringschuld, alles zu begründen im AFP, es ist auch eine Holschuld und es gibt eine RPK, der man Fragen stellen kann. Selbstverständlich kann man die Frage stellen, und wir werden uns in Zukunft auch Mühe geben, dies zu machen, aber es ist auch nicht zielführend, wenn alle Fragen hierin beantwortet werden. Als wir einen Termin fixieren mussten, haben wir noch nicht einmal gewusst, welche der verschiedenen Vorgehensvarianten zur Ausführung gelangen. Nun sind wir einen Schritt weiter und ziehen ein Verfahren durch. Nun sind wir an der Erarbeitung des Pflichtenheftes und im nächsten Jahr, wenn das Pflichtenheft erstellt ist, wird ein Wettbewerb durchgeführt, juriert, ein Siegerprojekt bestimmt und anschliessend beginnt der politische Prozess. Der Einwohnerrat muss einen Projektierungskredit gutheissen und dann sind wir bereits im Jahr 2019, wenn Projekt und Kostenvoranschlag ausgearbeitet werden können. Kreditgenehmigung oder das ausführungsfähige Projekt werden nach diesem Plan erst 2019 vorliegen. Im Jahr 2016, als dieser Text geschrieben wurde, kannten wir das Verfahren noch nicht.

**Aufgabenfeld 03 Polizei**

**Aufgabenfeld 04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz**

**Aufgabenfeld 05 Schulen**

**Aufgabenfeld 06 Familienergänzende Angebote**

Keine Wortmeldungen

**Aufgabenfeld 07 Kultur, Sport und Freizeit**

**Benedikt Schmidt:** Hier haben wir ein Ziel und einen Plan. Es handelt sich um den Ersatz des ehemaligen Spielplatzes „Piratenschiff“. Dieses wurde letztes Jahr gegen den Willen des Gemeinderates in den AFP aufgenommen, d. h. die Mehrheit des Einwohner-rates wollte, dass es in den AFP aufgenommen wird und auch ein Ersatz kommt. Dort wurde klar gesagt, dass es zum Ersatz des Piratenschiffes einen verbindlichen Termin geben muss. Der verbindliche Termin wurde nun vom Gemeinderat gestrichen und daher interessiert mich, warum der Termin vollständig gestrichen wurde. Aus der Investitionsrechnung wird ersichtlich, dass von 2018 ins Jahr 2019 verschoben wurde. Warum wurde der Termin gestrichen und nicht einfach auf 2019 verschoben? In der Prioritätenliste wurde das Piratenschiff als erste Priorität bezeichnet. Damit wieder ein Termin vorhanden ist, stelle ich den Antrag, dass der Plan folgendermassen ergänzt wird „Ein Ersatz für das Piratenschiff wird 2019 angeboten“.

*Antrag Benedikt Schmidt*

**Petra Ramseier:** Ich habe eine Frage zum Robinson-Spielplatz, der auch in diesem Themenfeld enthalten ist. Ich habe gesehen, dass das Geld für 2021 eingestellt ist; ich nehme an, für den Bau eines neuen. Ohne Termin steht nun dort, dass ein Ersatzstandort gesucht wird und beim Geld ist es in der fünften Priorität. Wie dringend ist dies und bis wann muss er verschoben werden? Die Strasse wird einmal kommen und es braucht einige Vorlaufzeit; ist dort etwas angedacht?

**GR Stefan Löw zum Piratenschiff:** Der Standort ist noch nicht festgelegt, und nachdem wir nun auch nicht über den Kindergarten Bescheid wissen, sind wir an der Standortevaluation des noch fehlenden Kindergartens. Es wird eine Gesamtschau erstellt und es ist nicht klar, ob der Spielplatz irgendwo angegliedert wird. Darum können wir dies nicht jetzt umsetzen. Die Investition für einen solchen Spielplatz liegt weit über CHF 100'000 und wichtig ist, dass es nicht ein Provisorium gibt, sondern dass er direkt am definitiven Standort erstellt wird. Es besteht auch ein Zusammenhang zur Grünflächeninitiative und auch diese Ergebnisse können einfließen.

**GR Roger Schneider zum Robinson-Spielplatz:** Der Robinson-Spielplatz ist dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen und daher auch in den Legislaturzielen enthalten. Wieso keine Jahreszahl? Es besteht eine Abhängigkeit von verschiedenen anderen Planungen, unter anderem auch der Strasse, und auch der neuen Nutzung des Gebietes. Bevor man irgendeine Jahreszahl einsetzt, ist wichtiger, dass es auf dem Radar ist und im AFP enthalten bleibt. Als zuständiger Departementschef werde ich mich dafür starkmachen, dass dieses Ziel nicht verloren geht. Im Moment wissen wir nichts Näheres; der Standort muss spätestens im Rahmen der Nutzungsplanung geklärt werden.

**Abstimmung über den Antrag von Benedikt Schmidt**

://: Der Antrag von Benedikt Schmidt, Fraktion der Unabhängigen und Grünen, wird vom Rat mit 21 Nein zu 16 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt und somit der Abschnitt Plan betreffend Piratenschiff nicht mit 2019 ergänzt.

### **Aufgabenfeld 08 GGA**

**Patrick Weisskopf:** Wir hatten kürzlich ein Geschäft zur GGA, an der wir die Kopfstation neu in eine Genossenschaft umgewandelt haben. Zu den Zielen: Dort steht „die Rechtsform der GGA ist vertraglich geregelt“. Ich gehe davon aus, dass sich diese Aussage auf die Kopfstation bezieht und bei Übereinstimmung mit den anderen Gemeinden auch erledigt ist, und sich nicht auf das Netz bezieht. Weiter zu den Zahlen: Ich nehme an, es bleiben dieselben, auch wenn die Kopfstation in eine Genossenschaft umgewandelt wurde.

**GR Urs Hess:** Dass wir das Netz antasten und weiterverkaufen wollen, war nie die Idee. Es ist die Kopfstation, die man ausgelagert und die zugehörige Genossenschaft gegründet hat. Dies habt ihr beschlossen. Die anderen Gemeinden sind nun daran und die Gemeinde Pratteln ist hier im Lead. Bis Mitte nächsten Jahres werden alle Gemeindeversammlungen abgehalten sein, sodass wir dann diesen Betrieb im Jahr 2019 der Genossenschaft übergeben können. Mit dem Netz hat dies gar nichts zu tun, aber ich kann hier wieder ankündigen, dass wir über das GGA-Netz bzw. dem zugehörigen Reglement aus dem Jahr 1983, hierin reden müssen. Es muss angepasst werden und damit komme ich dann zur richtigen Zeit vorbei.

### **Aufgabenfeld 09 Gesundheit und Alter**

### **Aufgabenfeld 10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration**

### **Aufgabenfeld 11 Soziale Unterstützung**

### **Aufgabenfeld 12 Asylwesen**

### **Aufgabenfeld 13 Kindes- und Erwachsenenschutz**

Keine Wortmeldungen

### **Aufgabenfeld 14 Verkehr und öffentliche Anlagen**

**Christoph Zwahlen:** Warum wurde die Fröschi-Unterführung um ein Jahr verschoben?

**GR Stefan Löw:** Die ursprüngliche Jahreszahl war 2021 und wir sehen, dass die Umsetzung in diesem Zeitraum nicht möglich ist. Es liegen Projekte vor und noch dieses Jahr wird der Gemeinderat die Sichtung dieser Projekte vornehmen. Später wird eine gemeinderätliche Vorlage erstellt und das weitere Vorgehen bestimmt. Eine Inbetriebnahme auf 2021 ist unmöglich. Möglich ist 2022 und auf Seite 81 im Investitionsprogramm, Konto 6150.5010.41, wurden die Investitionen entsprechend gesetzt.

### **Aufgabenfeld 15 Wasserversorgung**

### **Aufgabenfeld 16 Abwasserbeseitigung**

### **Aufgabenfeld 17 Abfallbewirtschaftung**

Keine Wortmeldungen

### **Aufgabenfeld 18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie**

**Benedikt Schmidt:** Dieses Aufgabenfeld interessiert mich sehr und deshalb habe ich mich schon vor der Sitzung schlaug gemacht. Man sieht in diesem Aufgabenfeld nicht, dass das Konto für die Pflege und den Unterhalt der Grundstücke von CHF 33'000 auf CHF 20'000 gekürzt wurde, was einer Kürzung um ein Drittel entspricht. Warum dies, möchte ich vom Gemeinderat wissen. Wir haben ein Legislaturziel „Erhalt und Förderung der Biodiversität“ und da gehören auch unsere Naturschutzgebiete dazu. Im Aufgabenfeld steht daher auch das Ziel „Die Naturschutzgebiete sind erhalten und gefördert“ und daher sehe ich nicht, wie man das Geld, das für die Förderung bestimmt ist, um ein Drittel kürzt und wie man die Legislaturziele und auch das Ziel im Aufgabenfeld erreicht.

Ich möchte auch wissen, ob es sich um eine permanente Kürzung handelt und ob es im nächsten Jahr wieder aufgestockt oder sogar kompensiert wird.

**GR Stefan Löw:** Auch dieser Unterhalt war eine Position, die gekürzt wurde. Die Pflege soll zeitlich verschoben und die Priorisierung verändert werden. Dies heisst aber nicht, dass es im nächsten Jahr wieder aufgenommen wird und von der Naturschutzkommission so wieder eingebracht werden muss. Falls Gefahren entstehen, ist die Dringlichkeit wieder gegeben. Wir machen nicht nichts in diesem Aufgabenfeld. Der Feldbaumbestand wird erhöht und Setzlinge abgegeben. Bei der Revision des Zonenplanes Landschaft werden 7 Objektblätter bearbeitet und auch die Neophytenbekämpfung ist enthalten. Dies ist auch ein eidgenössisches Problem und wir arbeiten daran kontinuierlich weiter. Der Grünflächenkataster ist in Arbeit und auf Basis von diesem können gewisse Massnahmen und Priorisierungen vorgenommen werden. Wir versuchen, die Bevölkerung zu sensibilisieren, damit sie uns bei der Pflege der Natur mithilft und sensibel damit umgeht. Das Fließgewässerkonzept wird verbessert. Bei den Habitatbäumen ist die Bürgergemeinde eine grosse Stütze und hilft mit, einen sehr grossen Bestand an schützenswerten Bäumen zu erreichen. Wir haben die Förderung des Eichenbestandes erhöht und müssen aufpassen, dass uns ein Bodenzpilz die Arbeit nicht gerade wieder vernichtet und wir sind auch daran, ein neues Feuchtbiotop zu bauen. Die Priorisierung ist gegeben und die Aufmerksamkeit in diesem Aufgabenfeld vorhanden und die Mittel werden dementsprechend mit einer sehr guten Kommissionsarbeit eingesetzt.

**Benedikt Schmidt:** Ich danke GR Stefan Löw für die Antwort, bin aber damit nicht wirklich zufrieden. Die Kürzung beträgt einen Drittel des Unterhaltskontos, obwohl genau dieses ein Legislaturziel ist. Dann kommt die Grundsatzfrage: „Wie verbindlich ist der AFP, wie verbindlich sind die Legislaturziele?“. Wenn etwas ein Legislaturziel ist, kann man es meiner Meinung nach nicht einfach um einen Drittel kürzen. So gesehen bin ich mit der Antwort wirklich nicht zufrieden.

#### **Aufgabenfeld 19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche**

#### **Aufgabenfeld 20 Wirtschaft**

#### **Aufgabenfeld 21 Steuern**

#### **Aufgabenfeld 22 Finanz- und Lastenausgleich**

#### **Aufgabenfeld 23 Vermögens- und Schuldenverwaltung**

Keine Wortmeldungen

Die Lesung ist hiermit abgeschlossen und es folgen die Abstimmungen gemäss Anträgen der RPK:

#### 1. Genehmigung Investitionsrechnung 2018

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 1 Nein:

://: Die Investitionsrechnung wird genehmigt.

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000.00 sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.00 je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

## 2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2018

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 2.1 Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **58.5 % des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).
- ://: 2.2 Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95 % des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).
- ://: 2.3 Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **2.75 ‰** festgesetzt (unverändert).

## 3. Feuerwehrpflichtersatz

Der Rat beschliesst mit 37 Ja bei 1 Enthaltung:

- ://: **Feuerwehrpflichtersatz: 10 % des Gemeindesteuerbetrages**, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

## 4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

## 5. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

**Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren** (inkl. MwSt. neu 7.7 %) unverändert

### **a) Gebührensäcke nach Volumen**

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	0.80
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	1.60
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	3.20
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	4.80

### **b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht**

(Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)  
pro 6 kg 1 Gebührenmarke CHF 1.60

### **c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht**

pro Leerung	CHF	10.00
pro Kilogramm	CHF	0.216

**d) Häckseldienst**

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF 25.00
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF 50.00
ab 11. Minute	CHF 4.00 pro Minute

**e) Container für Grüngut**

bis 140 Liter-Container	CHF 76.00
bis 240 Liter-Container	CHF 146.00
bis 770 Liter-Container	CHF 446.00

**Urs Schneider:** Eine Anmerkung: Ein Grossteil dieser Gebühren wurde bereits im Herbst kommuniziert und man kennt die Kosten für das nächste Jahr. Der Gemeinderat muss sich überlegen, wie er es in Zukunft handhaben will, ob man die Gebühren ein halbes Jahr früher bespricht und darüber abstimmt, sodass die vorgängig kommunizierten Gebühren auch mit heute beschlossenen identisch sind.

**GR Stefan Löw:** Bei Änderungen gibt es eine Übergangsfrist. Falls an der heutigen Sitzung eine Anpassung, Erhöhung oder Reduktion, beschlossen würde, würde man beispielsweise 3 Monate lang die alten Gebührensäcke verkaufen und erst anschliessend diejenigen zum neuen Tarif. Die Gebühren müssen vom Einwohnerrat beschlossen werden. Einziges Problem sind die Container für Grüngut. Hier hat der Gemeinderat beschlossen, dass man eine Änderung vornehmen muss und dass die Gebührenforderung erst Ende Januar verschickt wird. Es handelt sich um eine Jahresgebühr. Aber auch hier muss der Gemeinderat abwarten, bis der Einwohnerrat einen Beschluss zur Höhe der Gebühr gefasst hat.

**Franziska Senn:** Auf den 1. Januar 2018 hat die Mehrwertsteuer geändert und beträgt nun 7.7 % statt 8 %.

**Beat Thommen:** Der AFP wurde vor der Volksabstimmung Ende September zur AHV erstellt; der Text wird entsprechend angepasst.

6. Festsetzung der Gebühr der Anwohnerparkkarte

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 1 Nein:

://: Die Gebühr der Anwohnerparkkarte wird auf CHF 50.00 pro Monat festgesetzt (unverändert).

7. Teuerungsausgleich

Der Rat beschliesst mit 32 Ja zu 2 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Es wird keine Teuerungszulage gewährt.

8. Genehmigung Budget 2018

Der Rat beschliesst mit 37 Ja zu 1 Nein:

://: Das Budget für das Jahr 2018 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 354'800.00 genehmigt.

## 9. Kenntnisnahme Finanzpläne

Die im Aufgaben- und Finanzplan 2018 – 2022 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

**Kurt Lanz:** Ich bin gespannt, wie PricewaterhouseCoopers die nächste Rechnung revidieren wird.

---

### **Geschäft Nr. 3085**

### **Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) bezgl. Änderung der ständigen beratenden Kommissionen – 1. Lesung**

#### Aktenhinweis

- Antrag vom 14. November 2017

**GR Roger Schneider:** Es geht um die Aufhebung der Betriebskommission KUSPO. Die Kommission wurde 1986 gegründet, zwischenzeitlich mit der Betriebskommission Sport fusioniert und später wieder als eigene Kommission aufgestellt. Die Kommission hat so gut mit Verwaltung und den Vertretungen von Kultur-, Sportvereinen usw. zusammengearbeitet, dass sie mittlerweile überflüssig ist. Sie hat in den vergangenen Jahren immer weniger getagt und hatte immer weniger schwierige Fälle wie beispielsweise die Gewerbeausstellung oder die Sportnacht zu behandeln; dies wurde „normal“ im Ablauf. Im Jahr 2012 kam die Kommission noch 4 Mal zusammen und in den beiden letzten Jahren nur je 1 Mal. Wir bitten sie, auf das Geschäft einzutreten und der Aufhebung zuzustimmen. Die betroffenen Kultur- und Sportvereine können jederzeit an die Verwaltung gelangen, Anträge stellen oder Vorschläge machen. Als Dachorganisation gibt es die IGOP in Pratteln, die die Anliegen der Ortsvereine auch aufnimmt und der Verwaltung mitteilt. Diese Kanäle funktionieren sehr gut. Am 14. September hat die Kommission einstimmig beschlossen, sich selber aufzulösen, was auch zeigt, dass alles professioneller geworden ist, was auch auf das Online-Vermietungstool zurückzuführen ist.

**Christian Schäublin:** Die SVP-Fraktion hat diese doch eher knappe und dürre Vorlage auch angeschaut. Es fehlen die Angaben, wer bei dieser Kommission dabei ist, was die Aufgaben sind und was sie gemacht haben. Auch eine Würdigung ihrer Arbeit fehlt und schlussendlich eine Verdankung der Kommissionsmitglieder für eine Kommission, die nun schon seit über 30 Jahren besteht. Wir denken auch, dass eine Betriebskommission KUSPO ADT noch immer Sinn machen würde, vor allem, weil es sehr viele Nutzer gibt, vor allem in der ADT. Weiter fragen wir uns, ob es nicht noch mehr Kommissionen gibt, die man überprüfen müsste. Gibt es auch Optimierungsbedarf bei anderen ständigen Kommissionen? Könnte man nicht auch überprüfen, ob die Kommissionen neu organisiert oder eventuell zusammengelegt werden oder neue Aufgaben übernehmen? Beispielsweise werden die beiden Schulhäuser hier in der Umgebung umgebaut und es entstehen neue Nutzungen der Gebäude. Zu diesen Themen haben wir heute Abend auch ein Postulat eingereicht und wir bitten den Gemeinderat, das Postulat zu prüfen und auch darüber zu berichten. Aus diesem Grund sind wir für Eintreten und Rückweisung dieses Geschäftes an den Gemeinderat.  
*Antrag Christian Schäublin*

**Kurt Lanz:** Auch wir denken, dass diese Kommission, die für die Sporthäuser zuständig war, sicher gute Arbeit geleistet hat. Von GR Roger Schneider habe ich gehört, dass sich die Kommission selber aufgelöst hat; offensichtlich ist der Bedarf nicht mehr gegeben. Also kann man die Kommission auflösen. Mehr interessiert mich jedoch, wenn ich aus dem Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vorlese, hat GR Urs Hess gesagt

„...haben wir in der Betriebskommission alle Beschlüsse immer einstimmig gefällt“. Es handelt sich um die Betriebskommission GGA – und hier fehlt sie. Offensichtlich ist es schon so, wie Christian Schäublin gesagt hat, dass man einmal über die Bücher muss. Ich weiss nicht, warum hier die Kommission GGA fehlt und daher kann ich mich dem Vorstoss von Christian Schäublin anschliessen, weil man es etwas genauer anschauen muss. Wir müssen schlussendlich wissen, ob alle Kommissionen aufgelistet sind: Ja, Nein, und wenn Nein, warum nicht. Ich bitte sie, dem Vorschlag von Christian Schäublin zuzustimmen und wir erhalten später eine Information, die dann hoffentlich alle Kommissionen umfasst.

**Urs Baumann:** Die FDP-Fraktion hat das Geschäft auch geprüft und ist grundsätzlich für Eintreten. Die genannten Einwände geben mir auch zu denken, aber wir sind der Meinung, einzutreten, die 1. Lesung durchzuführen und dann weiter zu schauen.

**Patrick Weisskopf:** Auch die Unabhängigen haben die Vorlage angeschaut und als Vorteil der Kommission gesehen, dass sie breit abgestützt ist. Wenn wir überlegen, wie viel Geld wir investieren und es auch ein grosses Ziel ist, unseren vielen Vereinen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, denken wir, dass dies eine wichtige Sache ist und eine breite Abstützung erreicht wird. Daher haben wir eine grosse Sympathie für das Postulat von Christian Schäublin und unterstützen es ebenfalls.

#### Abstimmung zum Eintreten

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf das Geschäft Nr. 3085 wird eingetreten.

**GR Roger Schneider:** Ich kenne das Postulat im Wortlaut noch nicht und trotzdem habe ich Sympathien dafür. Wir sind ständig daran, die Notwendigkeit der Kommissionen zu überprüfen. Der Gemeinderat hat ja eine neue Zusammensetzung und in diesem Bereich einige Änderungen und nun soll eine Kommission aufgehoben werden. Aufgaben der Kommissionen und personelle Zusammensetzung sind online zu finden. Für diese Kommission nützt nachschauen nichts, weil die Aufgaben dieser Kommission heute alle auf andere Weise gelöst werden. Ich bin der Meinung, man müsse zuerst diese Kommission aufheben, bevor eine andere Kommission geschaffen wird. Der Gemeinderat sieht keinen Bedarf für eine neue Kommission und ich bitte um Durchführung der 1. Lesung und die eine oder andere Frage kann ja in der 2. Lesung beantwortet werden.

#### Abstimmung über den Antrag von Christian Schäublin

Auf Antrag von Christian Schäublin beschliesst der Rat mit 21 Ja zu 11 Nein bei 6 Enthaltungen:

://: Das Geschäft Nr. 3085 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

---

## **Geschäft Nr. 3081**

## **Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2016 – 2017**

### Aktenhinweis

- Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2016 – 2017 vom 30. September 2017

**Kurt Lanz (Präsident der GPK):** Es gibt nicht so viel dazu zu sagen. Ich gehe davon aus, dass alle den Bericht gelesen haben und vielleicht gibt es noch Fragen dazu.

**Petra Ramseier:** Wir danken der GPK, Verwaltung und dem Gemeinderat für ihre Arbeit. Wir dürfen ja nicht vieles wissen, aber mich interessiert die Pendenzenliste, die am Schluss des Berichtes unter „Diverses“ aufgeführt ist. Ist dieses mehr oder weniger als früher oder ist es so wie immer oder hat sich etwas geändert?

**Stefan Bregy:** Auch die FDP-Fraktion nimmt zum Berichten der GPK Stellung, auch zum Amtsbericht 2016. Wir nehmen beide Berichte zur Kenntnis und danken für die Arbeit, sowohl der Kommission als auch den Mitarbeitern der Verwaltung, die mitgearbeitet haben. Es waren ja zahlreiche Sitzungen; wir haben keine weiteren Fragen und nehmen dies zur Kenntnis. Wir nehmen auch mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und GPK verbessert hat.

**Christine Weiss:** Die SP-Fraktion hat den Bericht der GPK zur Kenntnis genommen und dankt der GPK für ihre engagierte Arbeit und dem Gemeinderat für den Amtsbericht. Selbstverständlich danken wir auch allen Personen in den Behörden und Kommissionen, die den Bericht erstellt haben. Für mich persönlich war sehr erfreulich, zu lesen, dass sich das Arbeitsklima zwischen GPK und Gemeinderat deutlich verbessert hat.

**Kurt Lanz:** Zur Pendenzenliste: Es ist im ersten Jahr, dass die neue GPK es so macht. Wir werden noch zeitig Antwort vom Gemeinderat erhalten. Wir bleiben daran und führen Buch darüber, was wir angeschaut haben, was abgeschickt wurde, wo es Feedbacks gab und wo diese noch fehlen. Schlussendlich bringt es nichts, wenn die GPK etwas anschaut, eine Mitteilung an den Gemeinderat macht und am Schluss keine Reaktion vorhanden ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, den Kolleginnen und Kollegen der GPK für ihre Mitarbeit zu danken. Wir haben konnten in einem guten Klima miteinander arbeiten. Danke.

**Simone Schaub:** Auch die SVP-Fraktion hat den GPK-Bericht zur Kenntnis genommen und auch festgestellt, dass sich die Zusammenarbeit stark verbessert hat, was wir sehr gut finden. Der Bericht ist kurz, prägnant und auch wir haben uns über die Pendenzenliste Gedanken gemacht.

Der Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsjahr 2016 – 2017 wird zur Kenntnis genommen.

---

## **Geschäft Nr. 3086**

## **Bericht der GPK zum Amtsbericht 2016**

### Aktenhinweis

- Bericht der GPK zum Amtsbericht 2016 vom 12. November 2017

**Kurt Lanz (Präsident der GPK):** Es handelt sich um den Tätigkeitsbericht des Gemeinderates zum Jahr 2016 und ich bin froh, dass wir ihn noch im Jahr 2017 behandeln konnten. Es wäre seltsam gewesen, wenn wir ihn erst 2018 behandelt hätten. Es handelt sich um den letzten Amtsbericht, den wir hier in einem feierlichen Rahmen verabschieden. Ich selber stehe für Fragen zur Verfügung; es könnte auch eine Person des Gemeinderats Auskunft geben, falls wir diese Sache von der GPK aus nicht angeschaut haben.

Der Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2016 wird zur Kenntnis genommen.

---

## **Geschäft Nr. 3073**

## **Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Jugendfeuerwehr in Pratteln“**

### Aktenhinweis

- Interpellation vom 22. September 2017

**GR Urs Hess:** Frage 1: *Warum hat Pratteln keine Jugendfeuerwehr?* Im Kader der Feuerwehr wie auch in der Sicherheitskommission wurde über den Aufbau einer Jugendfeuerwehr in Pratteln diskutiert. Es zeigte sich aber schnell, dass es sehr schwierig ist, im Feuerwehrkader entsprechende Personen zu finden, die diese Ausbildung können und wollen. Die Feuerwehrangehörigen und insbesondere das Kader ist jetzt schon mit den Einsätzen, Übungen, Fahrschulen und Rapporten mehr als ausgelastet und kommen an die Grenzen des Machbaren im Milizsystem. Letztes Jahr waren es 416 Einsätze. Die Feuerwehr Muttenz konnte ehemalige Feuerwehrkader für die Leitung und Ausbildung der Jugendfeuerwehr gewinnen. In Pratteln war dies bis heute nicht möglich. Weitere Aspekte sind der Platzbedarf für die Ausrüstung der Jugendlichen (es gibt keine freien Garderoben im Feuerwehrmagazin). Die persönliche Ausrüstung würde von der Gebäudeversicherung kostenlos zur Verfügung gestellt, doch müssen für die Bedienung der Fahrzeuge und der schweren Geräte entsprechend ausgebildete Feuerwehrangehörige an den Übungen mit den Jugendlichen teilnehmen. Frage 2: *Ist geplant, in naher Zukunft dieses Angebot einzuführen?* Nein, im Moment ist nicht geplant, dieses Angebot einzuführen. Es gibt ein paar wenige Pratteler Jugendliche, die das Angebot der Jugendfeuerwehr Muttenz nutzen. Frage 3: *Wenn ja, was wäre der Aufwand (Zeit und Sold)?* Um eine gut funktionierende Jugendfeuerwehr aufzubauen, muss einiges an Zeit investiert werden. Bei 10 Samstagübungen mit 4 Ausbildern und den entsprechenden Vorbereitungszeiten rechnet man mit ca. 250-300 Stunden und die Soldkosten würden sich gegen CHF 10'000 bewegen. Es handelt sich also nicht um eine finanzielle Angelegenheit, sondern ein Problem der Ressourcen und den Ertrag einer Jugendfeuerwehr und daher nehmen wir im Moment Abstand davon.

Die Interpellation Nr. 3073 ist beantwortet.

---

## Geschäft Nr. 3077

## Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend „Beschattung versiegelter Flächen in Pratteln“

### Aktenhinweis

- Postulat vom 25. September 2017

**GR Stefan Löw:** Der Gemeinderat hat Sympathien für dieses Postulat, weil bei Überprüfungen oder Ergänzungen von Strassen und Flächen diese Diskussion immer einfliesst. Wo es möglich und umsetzbar ist, wird versucht, Grün in die Strassen zu bekommen, was auch aus der Metron-Studie ersichtlich wird. Wir nehmen das Postulat entgegen und werden dementsprechend prüfen und berichten.

**Christoph Zwahlen:** Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Man kann dies nicht von heute auf morgen verwirklichen, sondern immer im Hinterkopf dabei haben, wenn etwas Neues geplant wird, auch in Quartierplänen, bei der Neugestaltung von Flächen der Gemeinde und auch Privaten, bei denen die Gemeinde einen Einfluss hat. Das Klima wird voraussichtlich unausgeglichener und wärmer. Ich war in Sion und habe es angeschaut und der Einfluss ist wirklich merkbar.

**Dieter Schnetzer:** Das Grundanliegen ist für uns in der FDP-Fraktion nachvollziehbar und verständlich und wir befürworten daher die Überweisung dieses Postulates. Ich hoffe, dass der Gemeinderat gewisse darin enthaltene Anliegen kritisch anschaut, nämlich diejenigen Themen, die in Richtung Luxus und Spielerei gehen. Ein persönliches Anliegen: Der Mergel wurde erwähnt. Mergel in der feinen Ausführung, wie er hier in unserer Region verwendet wird, lieber Chef Tiefbau, ist für alle, die mit kleinen Kindern und Hunden zu tun haben, bei schlechtem Wetter kein Belag, sondern eine Schweinerei.

**Fredi Wiesner:** Die Fraktion der SVP hat das Postulat auch angeschaut und ist der Meinung, es nicht zu überweisen, weil der Gemeinderat bereits schon jetzt schaut, dass möglichst vieles umgesetzt wird, das grün sein soll. Wir finden es toll, wenn man so ein schönes Beispiel mit einer breiten Strasse hat, auf der man vieles machen kann. Leider sind wir nicht in der Situation, in Pratteln so breite Strassen zu haben, dass wir Alleen oder Grünstreifen darauf erstellen können. Wir sind meistens froh, wenn sich zwei Fahrzeuge kreuzen können. Viele Flächen sind Privatreal, die man nicht beeinflussen kann und daher sind wir für Nichtüberweisung.

**Mauro Pavan:** Ich finde es schön, dass Fredi Wiesner dem Gemeinderat die Arbeit wegnehmen will. Der Gemeinderat soll ja mit diesem Postulat prüfen und berichten, wo es genügend Platz gibt, die Anliegen des Postulates umzusetzen und wo nicht. Der Gemeinderat ist ja bereit, das Postulat entgegenzunehmen und daher ist die SP-Fraktion auch dafür, das Postulat zu überweisen, damit der Gemeinderat den Auftrag hat, zu prüfen und zu berichten.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 25 Ja zu 13 Nein:

://: Das Postulat Nr. 3077 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

## Geschäft Nr. 3079

## Postulat der FDP-Fraktion, Urs Baumann, betreffend „Zeit zum Handeln“

### Aktenhinweis

- Antrag vom 5. Dezember 2017

**GR Urs Hess:** Vor ungefähr drei Monaten hat dieses Ereignis stattgefunden, an denen die Chaoten gewütet haben. Bereits drei Tage später hat der Gemeinderat reagiert und klar mitgeteilt, was ihm nicht passt. Es kommen Menschen und Unbeteiligte zu Schaden und auch Personen, die mit dem Fussballspiel gar nichts zu tun haben. Gesagt sein muss auch, dass bei Fussballspielen sehr viele Leute friedlich sind und nur sehr wenige Chaoten, die das Fussballspiel als Vorwand nehmen, später eine Schlacht abzuhalten; dies billigt der Gemeinderat überhaupt nicht. Ihr habt die Antwort schon erhalten, weil, wie ich bereits gesagt habe, der Gemeinderat schon reagiert hat. Wir haben auch alle unsere kantonalen Parlamentarier im National- und Ständerat angeschrieben, was bereits gefruchtet hat, weil so schnell vom Gemeinderat reagiert wurde. Thomas de Courten hat einen Vorstoss im Nationalrat eingereicht, sodass der Bundesrat diesen in der nächsten Session beantworten muss. Klar ist, und das soll hier betont werden, es geht uns darum, dass nicht nur die Politik gefordert ist, diese ist auch auf Bundesebene gefordert, sondern auch der Fussballverband und der FC-Basel, die beide in massivster Form ebenfalls gefordert sind. Dass solche Personen, wenn sie schon in den Stadien sind, gepackt werden, bevor sie aus einem Stadion, das man relativ gut sichern kann, auf die Leute an einem anderen Ort losgehen und Andere zu Schaden kommen. Ihr habt die Antwort schriftlich erhalten und ich bin der Meinung, wir können das Postulat entgegennehmen. Wir haben schon gehandelt, bevor das Postulat eingegangen ist und weil schon alles gemacht ist, was im Postulat gefordert wird, können wir es anschliessend abschreiben.

**Urs Baumann (Postulant):** Dieser Vorfall ist am 23. September 2017 passiert und es war bereits das dritte Mal, dass Fans vom FC-Zürich, und nicht vom FC-Basel, den Fanzug in Pratteln halten liessen und anschliessend chaotet haben. Einmal waren die Scheiben an der Bahnhofstrasse dran, ein anderes Mal an der Zehntenstrasse und ein weiteres Mal sind sie auf die Fans des FCB losgegangen, die auf die Regionalzüge gewartet haben. Ich bin der Meinung, dass wir uns dies nicht mehr erlauben können und dass es so nicht weitergehen kann. Die Leute bewegen sich in einem rechtsfreien Raum und lassen darin ihre Aggressionen ab und wir stehen da und müssen zuschauen. Das Postulat wurde zwei Tage eingereicht, bevor die Pressemitteilung des Gemeinderates erschienen ist. Das Postulat ist also nicht einfach im Nachhinein erschienen, sondern parallel gelaufen. Es freut mich, dass ein Grossteil der Forderungen bereits erfüllt ist. Ich bitte euch trotzdem, um ein starkes Zeichen zu geben, das Postulat zu überweisen und anschliessend als erfüllt abzuschreiben.

**Simon Schärer:** Wir von der SVP-Fraktion bedanken uns zuerst bei GR Urs Hess für die rasche Beantwortung des Postulates und sind für Abschreiben.

**Eva Keller:** Ich rede für Überweisen und dann für Abschreiben. Einige Bemerkungen der SP: Allgemein ist zu sagen, dass dies Vorkommnisse sind, die ein gesellschaftliches Problem darstellen und im Fussball europaweit vorkommen. Gedankenstützen für den Gemeinderat: Warum sind die Einsatzleitung und das Kommando von SBB und Polizei nur in Liestal? Ist so wirklich sichergestellt, dass die Verantwortlichen die Gefahren vor Ort in Pratteln richtig einschätzen können, d. h. dass kein anderer Zug durchfährt, während verirrte Menschen auf den Gleisen herumrennen? Es sollte auch abgeklärt werden, warum es nur bei GC und FCZ vorkommt und warum nicht bei YB? Was für Abkommen bestehen zwischen den Klubs und SBB? Warum kann die Notbremse nicht bis ins Buchholz überbrückt werden? Dort liesse sich dann abklären, ob ein wirklicher Notfall vorliegt.

Zu Punkt 6 des Gemeinderates: Zurück zum Ausgangspunkt bedeutet ein grosses Rangiermanöver und die Lok muss umgehängt werden. Stellt euch vor, dass die sogenannten Fans, die in diesem Zug sitzen, dem Spiel einfach zuschauen und im Zug sitzen bleiben, während herumrangiert wird? Im Gegenteil. Dies wird ein Riesenchaos, aus dem Ruder laufen und die Sicherheit des Personals ist in keiner Weise mehr gewährleistet. Die restlichen Punkte des Gemeinderates sind einen Versuch wert und man kann nur hoffen, dies in den Griff zu bekommen. Ich selber sehe hierfür eher schwarz. Wir sind für Überweisung und Abschreibung.

**Patrick Weisskopf:** Die Unabhängigen haben das Postulat auch diskutiert und es hat sich gezeigt, dass es nicht so einfach ist und sehr verschiedene Ansichten aufeinanderprallen. Ich selber bin nicht der Fussballfan und nie in einem Stadion anzutreffen. Daher habe ich eine andere Ansicht als jemand, der Stadions besucht. Es handelt sich um ein gesellschaftspolitisches Problem. Einig sind wir uns von links bis rechts, dass wir das nicht wollen, was passiert. Sport heisst für mich, dass wir in den Farben getrennt sind, aber im Sport vereint und dies muss man den Vorständen auf die Fahne schreiben und der Fisch stinkt vom Kopf her. Aus meiner Sicht als Nicht-Fussballfan ist es der Schweizerische Fussballverband, der viel zu wenig durchgreift, wenn ich die Vereine anschau und den letzten Match sehe, an dem die Fahne geklaut wurde und der Sicherheitsdienst versagt hat. Auf der einen Seite handelt es sich um einen Lausbubenstreich, auf der anderen wollen die Basler Fans auch nicht, dass man ihre Fahne verbrennt. Also sind auch die Fanklubs gefragt, die den Lausbuben - ich sage dieses Wort extra - keinen Unterschlupf gewähren und ein klares Zeichen setzen, dass sie dieses nicht wollen. Wenn dies funktioniert, kann man es in einem liberalen Rahmen lösen und dieser Meinung sind auch meine Fussballkollegen. Andererseits haben wir das Gesetz, das Hooligankonkordat, das wir zu wenig einsetzen, und in Basel wurde es gar nicht angenommen. Gesetzesänderungen wären hier sinnvoll, was das Feuerwerksgesetz betrifft. Wenn die Fussballverbände und Vereine wirklich Pyros dulden wollen, muss man sich hier für eine Gesetzesänderung einsetzen, sodass man gezielt in abgesperrten Bereichen auf diese Weise Stimmung machen darf. Dann muss man ein klares Statement abgeben, das man dies will. Ansonsten bedeutet dies keine Toleranz und die Leute zu identifizieren und herauszupicken. Der nächste Punkt, der mich ärgert: Wir haben supergute Kameras, mit denen gefilmt wird und dummerweise funktioniert dies nie bei Fans, die Krawall machen und dann untertauchen. Ich finde es gut, wenn die Polizei Bilder ins Netz stellt, die verpixelt sind, um den Chaoten Gelegenheit zu geben, sich zu melden und später, falls sie identifiziert werden, auch hart durchgegriffen wird. Für mich kann es so weit gehen – ich behaupte, es sind nur sehr wenige, bekannte Chaoten – dass sie sich in Zukunft auf dem Polizeiposten melden bzw. dort bleiben, falls sie ein Rayonverbot haben. Für den Extrem- und Wiederholungsfall braucht es eine Gesetzesänderung bis hin zu den Fussfesseln. Da bin ich bei Nulltoleranz angelangt, während andere sagen, es sei übertrieben. Zu den Fanzügen der SBB: Ich meine, es brauche sie und es ist eine gute Sache. Der SBB kann ich nur den Rat geben, dass sie die Fanzüge so ausrüsten, dass man die Sitze nicht herausreissen und herumwerfen kann, sondern dass es sich um eine fixierte Einrichtung handelt, die so bleibt und dadurch auch die Gefahr für einen Brand weniger gross ist. Es sind Sachen, die wir sicher nicht lösen können, aber im Sinne eines Statements, das wir hier im Einwohnerrat anbringen können, wollte ich es mitteilen. Schauen wir, dass es in Zukunft besser wird.

**Petra Ramseier:** Es macht uns alle betroffen in Pratteln, was jedes Mal passiert, wenn ein Zürichmatch stattfindet. Ich gehöre nicht zu denen, die finden, man müsse jetzt durchgreifen und alles machen. Ich bin zurückhaltender und man müsste überlegen, was für Konsequenzen welches Durchsetzen wo hat und welche Konsequenzen eine totale Videoüberwachung hat. Gilt dies nur für die Chaoten, sondern auch für uns? Ich bin nicht so schnell bereit, zu sagen, man solle durchgreifen und nichts anderes mehr. Darum finde ich, dass in diesem Postulat einige Punkte enthalten sind, hinter denen ich nicht stehen kann. Darum war ich mir nicht sicher, ob es überwiesen werden soll. Ich bitte den

Gemeinderat, das nächste Mal zu warten, bis eine Überweisung stattgefunden hat oder bei grünen Anliegen gerade schon eine Antwort zu geben. Dies würde uns sehr freuen.

**Andreas Seiler:** Jeder, der von diesen Sachbeschädigungen betroffen ist, ist selbstverständlich nicht erfreut und sehr verärgert und fragt sich, was man dagegen machen kann. Kurzfristig ist es Aufgabe der Polizei, den Schutz sicherzustellen, konkret der Kantonspolizei. Es ist in der Schweiz nicht Aufgabe des Bundes, sondern eine kantonale und die Gemeindepolizei hat nur beschränkte Mittel. Entsprechend hat der Gemeinderat, wie wir schon gehört haben, mit dem Kanton Kontakt aufgenommen und eine Antwort erhalten, die er uns sicher nicht mitteilen wird, denn es wäre ja kontraproduktiv, wenn die Polizei ihre Strategien für den nächsten Match vorgängig mitteilen würde. Dass man weiter nach neuen Gesetzen fragt, kann ich persönlich nicht verstehen, weil es uns in dieser Situation kaum weiterhelfen würde. Es ist die Polizei, die kurzfristig etwas machen muss und längerfristig gibt es andere Möglichkeiten. Wenn man Einschränkungen generell für den Fantransport machen will, betrifft dies alle Fans und auch diejenigen, die sich ordentlich verhalten. Der Zug der Zürcher hatte 15 Wagen mit rund 1'200 Plätzen – wie gut er gefüllt war, weiss ich nicht. Allerdings sind es viel mehr Plätze als die 200 Chaoten, von denen man aus den Medien erfahren hat, dass sie sich in Pratteln nicht korrekt verhalten haben. Darum gibt es in diesem Postulat gewisse Forderungen, denen ich nicht zustimmen kann und die auch nicht im Sinn der Sache stehen, weil der National- und Ständerat schon einmal über die Transportpflicht entschieden hat. Damals war man der Meinung, dass eine geordnete und gemeinsame Anreise der Fans bezüglich Sicherheitsdispositiv einfacher ist, als wenn sie individuell anreisen. Schlussendlich wird man sie schwer abhalten können, trotzdem anzureisen. Da gab es schon verschiedene Aktionen wie beispielsweise in Aarau, als sie nicht im Stadion waren, aber trotzdem in der Stadt und ein entsprechendes Polizeiaufgebot auch notwendig war. Darum finde ich einige Sachen in diesem Postulat nicht überlegt. Mit der Überweisung würden wir den Gemeinderat dazu einladen, dies zu machen. Die Antwort des Gemeinderates darauf haben wir zum grössten Teil schon erhalten und was der Nationalrat ändern soll, ist mir nicht bekannt, lässt sich aber nachlesen. Dass es uns hier weiterhilft, bezweifle ich, ich bin mir sogar sicher, dass es nichts bringen wird. Weiter wollte man noch das Ganze auf die Fussballklubs abschieben, was ich auch nicht richtig finde. Schliesslich ist der Fussballklub für sein Areal, konkret das Stadion, verantwortlich und für die Sicherheit ebenfalls und muss auch das Aufgebot für die Sicherheitskräfte übernehmen. Im öffentlichen Raum hat der Fussballklub keinen Handlungsspielraum und kann auch niemandem verbieten, anzureisen, was Aufgabe des Staates ist. Entsprechend ist es auch ein Irrläufer, wenn man meint, nur weil bei den Fussballvereinen Geld ist, könne man auch von dort etwas nehmen. Abgesehen davon haben die meisten Fussballklubs in der Schweiz auch nicht so viel Geld wie vielleicht der Basler Klub. Es ist eine staatliche Aufgabe, konkret des Kantons und dort muss das Problem vordringlich gelöst werden und darum bin ich mit einem grossen Teil des Postulates nicht einverstanden.

**Stephan Bregy:** Mein Vorredner hat in eigener Verantwortung geredet und ist nicht Meinung der Fraktion. Andreas Seiler ist ein grosser FCB-Fan. Trotzdem sind wir in der Fraktion nicht einverstanden mit dem Verhalten, das gerade an den Tag gelegt wurde. Viele Massnahmen und das Postulat unterstützen wir voll. Es kann nicht sein, dass ein rechtsfreier Raum entsteht. Die Fussballklubs sind in der Pflicht und es gilt nicht nur das Territorialprinzip. Wir haben im Ausland gesehen, dass Hooligans beispielsweise in England, an der Ausreise gehindert werden. Diese können nur identifiziert werden, wenn die Klubs die entsprechenden Fans benennen, damit nachher die Polizei handeln kann. Es soll nicht immer alles verniedlicht und die heisse Kartoffel weitergeschoben werden. Dies ist nicht angebracht. Aus meiner Sicht sind wir für Überweisung des Postulates und auch für Abschreibung.

**Urs Schneider:** Ich bin zwar ein Schwinger, aber auch ich habe eine Jahreskarte für's Stadion, um Matches zu schauen. Es ist mir zutiefst zuwider, wenn ich schon vorher weiss, dass es Krawalle gibt, vorher, nachher, im Stadion oder davor oder am Schluss in

Pratteln. Es kann doch nicht sein, dass die Leute, die einen Schaden haben, am Schluss in der Luft hängen und alles selber bezahlen müssen. Es kann nicht sein, dass wir Hunderttausende an Steuergelder ausgeben, damit 50 oder 100 Polizisten parat stehen, nur weil 20 oder 30 Idioten einen solchen Unsinn machen. Dies kann nicht sein und ich finde es schlimm. Wahrscheinlich bringen wir es nicht mehr in den Griff, aber ich glaube, man weiss in den Fanklubs, wer es ist. Wir haben in Basel auch solche Helden, die in Zürich oder Bern auch so etwas machen. Ich bin noch nie mit dem Zug an einem Auswärtsmatch gefahren. Warum? Ich will nicht das Risiko eingehen, dass unterwegs ein Blödsinn passiert. Es ist schade und ich hoffe, dass man diejenigen, die einen finanziellen Schaden für den Privaten und den Staat verursachen, zur Rechenschaft ziehen kann.

**Marc Bürgi:** Lieber Andreas. Ich glaube, das Postulat ist richtig und es ist zu einem Zeitpunkt gekommen, an dem es notwendig ist. Ich selber sehe es anders als du, Andreas. In dem Moment, in dem Sachschaden entsteht, öffentlicher Verkehr aufgehalten und Leute gefährdet werden, ab diesem Moment ist eine Schwelle überschritten, die über den regulären Polizeieinsatz hinausgeht. Ich persönlich bin der Meinung, dass ab diesem Moment, wenn die Fans eines Vereines nach Basel oder wohin auch immer, mit Bus oder Zug ziehen, die Vereine eine Verantwortung zu tragen haben. Eine Verantwortung vor dem Verein selber, vor ihren Mitgliedern und gegenüber der Öffentlichkeit. Ab diesem Moment, an dem ein Schnellzug in Pratteln angehalten wird, wo Fans randalieren, vermeintliche Hooligans um den Bahnhof herum Sachschaden anrichten, ab diesem Moment ist diese Grenze überschritten und ich persönlich bin der Meinung, dies ist der Moment, wo Kanton und Gemeinden die Kosten bezahlen und die Vereine in der Pflicht sind. Es ist dringend notwendig, dass hier auf Stufe Bund und Kanton etwas passiert. Sachschaden und Personenschaden, der nichts mehr mit dem Fussballspiel zu tun hat, muss von den Vereinen übernommen werden.

#### Abstimmung zur Überweisung

Der Rat beschliesst mit 31 Ja zu 2 Nein bei 5 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3079 wird an den Gemeinderat überwiesen.

#### Abstimmung zur Abschreibung

Der Rat beschliesst mit 36 Ja zu 1 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 3079 wird als erfüllt abgeschrieben.

---

## Fragestunde

### Frage 1

**„Sicherheit der Primarschul- und Kindergartenkinder auf dem Schulweg“**  
(Mauro Pavan, SP-Fraktion)

**GR Urs Hess:** Frage 1: Ist sich der Gemeinderat der Situation (bewusst), dass immer wieder Autos nicht anhalten oder die Kreuzung bei „dunkelgrün“ überqueren? Leider kommt es vor, dass FahrzeuglenkerInnen bei einer Ampel, welche auf rot steht, nicht anhalten, und dasselbe gilt auch bei Fussgängerstreifen ohne Ampeln. In diesem Jahr gingen zwei Meldungen betreffs Missachtung des Rotlichts bei der Gemeindepolizei ein (ohne Mauro Pavan). Frage 2: Was gedenkt er zu unternehmen, um die Sicherheit der

*Schul- und Kindergartenkinder bei der Überquerung der Lichtsignalanlage zu gewährleisten?* Die Lichtsignalanlagen wurden im letzten Jahr saniert. Dabei wurden die Leuchtmittel durch viel stärker leuchtende LED Leuchtmittel ersetzt. Zur Vermeidung von Missachtung des Rotlichts müssten automatische Radarkontrollsysteme, wie dies in grösseren Städten oft der Fall ist, installiert werden. Im Jahr 2014 wurde diesbezüglich eine Offerte für die Lichtsignalanlage beim Aegelmattschulhaus angefordert. Aus Kostengründen (Richtofferte CHF 95'000) musste aber darauf verzichtet werden. Bei mehreren durch die Gemeindepolizei durchgeführten Kontrollen bei der Lichtsignalanlage Aegelmatt, konnten keine Missachtungen festgestellt werden. Durch die Schulleitung versuchten wir auch freiwillige HelferInnen zu gewinnen, welche an den Ampeln und den Fussgängerstreifen die Kinder über die Strassen leiten würden. Leider hat sich niemand gemeldet. Die Gemeindepolizei kann nur punktuelle Kontrollen bei den Fussgängerstreifen mit und ohne Ampeln durchführen. Wichtig ist, dass die Kinder eine auffällige Kleidung oder entsprechende Sicherheitswesten tragen. Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass in Zusammenarbeit mit dem VCS eine Schulwegplanung zu Sicherheitsmängeln auf dem Schulweg zum Erlimatt und Grossmattschulhaus in Arbeit ist. Dazu wurden alle Schüler sowie die Eltern und die Lehrer befragt. Die Auswertung erwarten wir im Frühjahr 2018. Unser Ziel ist, die Schulwegplanung für sämtliche Schulhäuser und Kindergärten vorzunehmen. Alle Verkehrsteilnehmer müssen aufeinander Rücksicht nehmen, und dann funktioniert's.

Die Frage ist beantwortet.

---

#### **Geschäfte Nr. 3019 und 3022 nicht behandelt.**

---

**Verabschiedung von Gert Ruder:** Gert Ruder war zwei Mal im Einwohnerrat: Das erste Mal von 1984 - 1997 und von 2004 bis jetzt. In der ersten Periode war er von 1989 - 1990 auch Präsident des Einwohnerrates und hat im Einwohnerrat in der GPK von 1984 - 1988 und auch in der BPK als Präsident 2012 - 2016 mitgearbeitet. Zudem war er in der Spezialkommission VOR. Auch ausserhalb des Einwohnerrates war Gert Ruder politisch aktiv, nämlich in der Vormundschaftsbehörde von 1996 - 2004 und auch im Wahlbüro. Anstelle eines Abschiedsgeschenkes hat er den Betrag an die HEKS-Regionalstelle Beider Basel gespendet. Trotzdem haben wir hier ein kleines Präsent für ihn. Lieber Gert. Wir wünschen dir auf deinem weiteren Lebensweg, politisch oder nichtpolitisch, alles Gute und vielen Dank für deine Arbeit. (Gert Ruder wird mit Applaus verabschiedet.)

---

Die Sitzung wird um 21.50 Uhr beendet.

Pratteln, 5. Januar 2018

Für die Richtigkeit

**EINWOHNERRAT    PRATTELN**

Der Präsident                      Das Einwohnerratssekretariat

Emil Job

Joachim Maass

# Einwohnerrat Pratteln

**Anhang** zum Votenprotokoll Nr. 467 der Einwohnerratssitzung vom Montag, 18. Dezember 2017, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

## Mitteilungen des Gemeinderates

Die nachfolgenden Folien sind Bestandteil der Ausführungen von GP Stephan Burgunder.

### Folie 1: Metron Studie – Grobkonzept für Betrieb und Gestaltung



## Folie 2: Ausgangslage & weiteres Vorgehen

### Ausgangslage:

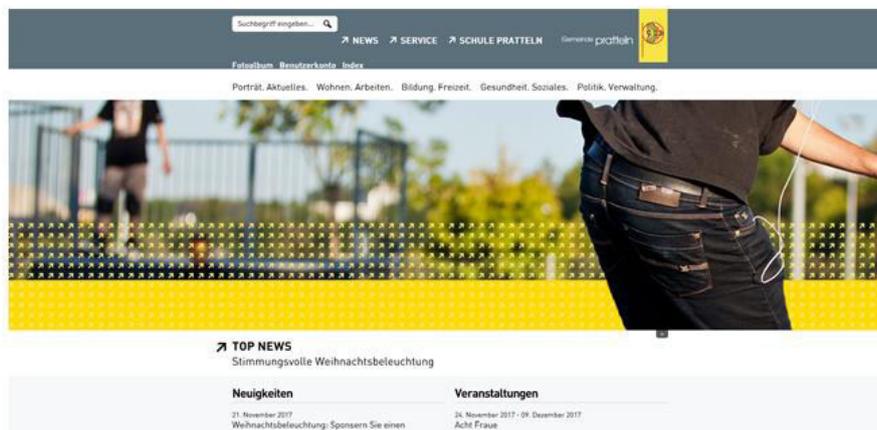
- Die Metron-Studie wurde bislang nicht veröffentlicht
- Die Metron-Studie wurde immer wieder zitiert (u.a. Aufgaben- und Finanzplan)
- Es besteht ein öffentliches Interesse an der Studie
- Es ist nicht üblich, Studien auf konzeptioneller Ebene zu publizieren

Der Gemeinderat erachtet die Publikation des Grobkonzeptes als wertvoll.

### Folgende Punkte möchten der Gemeinderat festhalten:

- Bei der Studie handelt es sich um ein Grobkonzept
- Die Studie datiert aus dem Jahr 2011, einige Punkte wurden zwischenzeitlich umgesetzt (Kernfahrbahn Oberemattstrasse, Bahnhofplatz, etc.)
- Der seinerzeit gewählte Perimeter ist aus heutiger Sicht zu hinterfragen
- Aus dem Grobkonzept kann keine Verbindlichkeit abgeleitet werden

## Folie 3: Publikation



Der Gemeinderat wird in den nächsten Tagen die Metron-Studie auf [www.pratteln.ch](http://www.pratteln.ch) unter den Publikationen aufschalten.